

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

werte Kolleginnen und Kollegen,

vor 4 Monaten hat dieses Haus den Ursprungshaushalt für das Jahr 2026 verabschiedet.

Damals standen wir vor 3 zentralen Herausforderungen

Erstens eine Abschwächung der Wirtschaftsleistung mit direkten Auswirkungen auf unsere Einnahmen.

Zweitens ein sogenannter blauer Brief, mit dem die EU Belgien verpflichtete, seine Ausgaben um 28 Milliarden EUR zu reduzieren.

Drittens eine drastische Erhöhung der Verteidigungsausgaben mit erheblichen Folgen für die innerbelgischen Finanzverhandlungen.

Mit dem Ursprungshaushalt 2026 ist es uns gelungen, auf diese Herausforderungen eine tragfähige Antwort zu geben.

Erstmals seit dem Ausbruch der Coronakrise im Jahre 2020 konnten wir im laufenden Haushalt wieder mit unserem Einkommen auszukommen.

Erstmals seit dem Ausbruch der Coronakrise konnten wir wieder einen Überschuss im Primärsaldo aufweisen.

Und wir hatten uns nach bestem Wissen und Gewissen auf die Auswirkungen des blauen Briefes der EU eingestellt.

Weil wir nicht wissen konnten, wie die innerbelgischen Verhandlungen über ein Abkommen zur Lastenverteilung ausgehen würden, hatten wir uns bewusst vorsichtig auf den Worst Case des HFR vorbereitet.

Gleichzeitig haben wir damals sehr deutlich gesagt,
„dass wir uns nicht mehr alles leisten können“,
„dass wir Abstriche machen müssen“,
dass „wir sparen müssen, um handlungsfähig zu bleiben.“

Folgerichtig war der Ursprungshaushalt ein Sparhaushalt.

Wir wissen, dass das nicht populär ist.

Und wir wissen, dass diese Maßnahmen spürbar sind.

Die Regierung hat den Wunsch nach Lockerungen und nach
Ausgabenerhöhungen vernommen.

Ja, wir können diesen Wunsch nachvollziehen.

Aber wir dürfen ihm nicht nachgeben.

Wir müssen an unserem Kurs festhalten.

Der einfache Weg ist, mehr auszugeben.

Der richtige Weg ist, Maß zu halten.

Der einfache Weg bringt Applaus.

Der richtige Weg sichert unsere Zukunft.

Mit den beschlossenen Sparpaketen und dem Durchforstungsprozess werden wir bis Ende 2026 schon 94 Millionen EUR eingespart haben.

46 Millionen in den laufenden Ausgaben dank der beiden Spardekrete.

32 Millionen im Infrastrukturbereich. Und mindestens 16 Millionen dank des Durchforstungsprozesses.

Durch die beiden im vergangenen Jahr verabschiedeten Spardekrete kommen jedes Jahr Einsparungen von 23 Millionen hinzu.

Durch den Durchforstungsprozess mindestens weitere 8 Millionen pro Jahr. Ähnlich sieht es im Infrastrukturbereich aus.

Das ist erheblich.

Wir brauchen kein drittes Spardekret.

Die bereits erfolgten Anstrengungen reichen auch im aktuellen Kontext aus.

Aber wir brauchen Konsequenz.

Wir dürfen in unseren Anstrengungen nicht nachlassen.

Weder dürfen wir die bestehenden Sparpakete aufweichen noch sollten wir den Durchforstungsprozess abbrechen.

Wir müssen uns konsequent auf unsere Prioritätensetzung zugunsten von Gesundheit und Bildung konzentrieren.

Wir müssen sparen, um handlungsfähig zu bleiben.

Wir müssen nicht zuletzt sparen, um die großen Investitionen in Schulen und Krankenhäuser finanzieren zu können.

Wir haben in die mittelfristige Finanzplanung Investitionen in Höhe von 200 Millionen für Schulbauten und 150 Millionen für Krankenhäuser eingetragen.

350 Millionen EUR.

Das ist viel.

Aber es ist notwendig, um alle noch nicht modernisierten Schulen zu sanieren.

Und es ist notwendig, um unsere Krankenhäuser zukunftsfähig zu machen.

Diese 350 Millionen müssen wir uns erarbeiten.

Und das geht nur, wenn wir weiterhin Überschüsse beim Primärsaldo erzielen und der laufende Haushalt dauerhaft im Gleichgewicht bleibt.

Wir sparen.

Wir halten Kurs.

Und wir investieren dort, wo es zählt.

Bis Ende Februar hätten wir fast auf eine Haushaltsanpassung verzichten können.

Unsere Ausgabenschätzung war so präzise und verlässlich, dass man kaum noch Anpassungen gebraucht hätte.

Die einzige Veränderung bestand darin, dass knapp 20 Millionen EUR an europäischen Mittel nicht im Jahre 2025 eingetroffen sind, sondern erst mit Verspätung im Jahre 2026 kommen.

Das verschiebt Ergebnisse, ändert aber nichts am Gesamtbild. Dafür bedurfte es keiner Haushaltsanpassung.

Dann kam der 28. Februar 2026. Der Krieg im Iran.

Die Energiepreise sind seitdem durch die Decke geschossen, mit fatalen Folgen für Verbraucher, Betriebe und öffentliche Haushalte.

Die Inflation,

die man nach Corona und dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine so mühevoll stabilisiert hatte, zieht wieder deutlich an.

Gleichzeitig bricht das ohnehin schon zarte Wirtschaftswachstum in sich zusammen.

Und erneut stehen wir vor einer Krise.

Unsere Aufgabe ist klar:

Wir müssen unsere Gemeinschaft sicher durch diese Entwicklung führen.

Deshalb haben wir uns entschieden,
dem Parlament heute eine Haushaltsanpassung vorzulegen,
die unsere Gemeinschaft bestmöglich auf die neuen Entwicklungen einstellt.

Wir mussten das nicht tun.

Die uns im März für diese Haushaltsanpassung
übermittelten offiziellen Zahlen des föderalen Planbüros,
die wir eigentlich übernehmen müssten,

gehen immer noch von einem Wirtschaftswachstum von 1,1 % und einer Inflation von 1,4 % aus.

Diese Zahlen sind aus unserer Sicht jedoch nicht mehr realistisch.

Wir könnten uns daranhalten.

Wir müssten uns daranhalten.

Wir tun es nicht.

Wir müssen nämlich befürchten,
dass die Inflation über 3 % liegen und
es in diesem Jahr 2 Indexanpassungen geben wird.

Wir müssen uns auf eine Erhöhung der Gehälter um 4 % einstellen.

Und auch das Wirtschaftswachstum wird nach unserer Einschätzung
nicht bei 1,1% bleiben.

Das ist uns viel zu optimistisch.

Eigentlich sind wir angehalten,
die alten – aus unserer Sicht veralteten – Zahlen des Planbüros zu
übernehmen.

Das aber wäre keine verantwortungsbewusste Politik.

Wir haben immer transparent und ehrlich gearbeitet.

Gerade in Haushaltsfragen.

Wir haben immer vorsichtig geplant.

Wir haben Probleme nie weg ignoriert, sondern gelöst.

Wir haben nach dem Ausbruch von Krisen immer sehr schnell mit
Anpassungen reagiert.

Diese umsichtige finanzpolitische Orientierung wollen wir auch heute
beherzigen.

Deshalb planen wir bewusst vorsichtiger als vorgeschrieben.

Wir gehen für 2026 nicht von einem Wirtschaftswachstum in Höhe von 1,1 % aus, sondern von 0,2 %.

Wir erwarten für 2026 nicht nur eine Inflation von 1,4 % sondern von mindestens 3,2%.

Und wir rechnen bei den Gehältern nicht mit einer, sondern mit 2 Indexanpassungen.

Demzufolge würden die Gehälter in diesem Jahr nicht um 2% sondern um 4 % steigen.

Diese neuen Annahmen, liebe Kolleginnen und Kollegen, erklären die allermeisten Anpassungen, die wir Ihnen heute unterbreiten.

Wir erhöhen die vorgesehenen Kosten für das Personal im öffentlichen Dienst in diesem Jahr um 1,6 Millionen EUR, wovon der größte Teil naturgemäß auf das Unterrichtswesen entfällt.

Nach unserer Prognose werden die Auswirkungen im kommenden Jahr noch größer sein.

Darum haben wir ebenfalls die mittelfristige Finanzplanung angepasst.

Außerdem haben wir die Kosten für den Energieverbrauch angehoben.

Neben diesen krisenbedingten Erhöhungen gibt es in den laufenden Ausgaben kaum Veränderungen.

Wir erhöhen die Mittel der Musikakademie um 38.000 EUR.

Das IAWM erhält zusätzliche Mittel in Höhe von 31.000 EUR, um eine Ausweitung der Ferienateliers des ZAWM zu finanzieren.

Die sozialen Treffpunkte erhalten 30.000 EUR mehr; genauso wie die SIA.

Für ‚Wohnraum für alle‘ haben wir eine Erhöhung um 54.000 EUR eingetragen. Für Tri Landum eine Erhöhung um 62.000 EUR.

Wie gesagt, das sind überschaubare Anpassungen.

Was bedeutet all das nun für unsere **5 finanzpolitischen Ziele**, die wir uns zu Beginn dieser Legislaturperiode vorgenommen hatten

Nun das erste finanzpolitische Ziel haben wir bereits definitiv erreicht.

Wir hatten uns vorgenommen,

bis 2025 massiv Ausgaben vorzuziehen,

um kommende Haushalte zu entlasten.

Das haben wir getan. Davon profitieren wir heute.

Das zweite Ziel besteht darin,

im laufenden Haushalt dauerhaft mit unserem Einkommen

auszukommen.

Auch dieses Ziel haben wir erreicht.

Trotz der krisenbedingten Erhöhungen hinterlegen wir heute nicht nur

für das Jahr 2026 einen ausgeglichenen laufenden Haushalt.

Sie können an der angepassten mittelfristigen Finanzplanung erkennen,

dass wir auch in den Folgejahren einen ausgeglichenen laufenden Haushalt erzielen können.

Erstmals seit Ausbruch der Coronakrise befindet sich unser laufender Haushalt also wieder strukturell im Gleichgewicht.

Das ist ein gutes Zeichen.

Es bedeutet nämlich, dass wir keine Schulden für laufende Ausgaben mehr machen.

Wir machen ausschließlich Schulden für Investitionen in Infrastruktur.

Zum ersten Mal seit dem Ausbruch der Coronakrise erwirtschaften wir auch wieder Überschüsse beim Primärsaldo.

Darauf achten bekanntlich die Kreditinstitute und Ratingagenturen ganz besonders.

Zwischen 2020 und 2024 wies der Primärsaldo der DG jedes Jahr ein Defizit von 20 Millionen EUR auf.

2025 haben wir erstmals wieder einen Überschuss von 3,8 Millionen EUR erzielt.

Im Jahr 2026 sind es nach derzeitiger Planung 27,6 Millionen EUR.

Im kommenden Jahr 2027 streben wir trotz der inflationsbedingten Mehrausgaben einen Überschuss von 24,8 Millionen EUR an.

Auch das ist ein gutes Zeichen.

Diese Überschüsse sind kein Zeichen von Überfluss.

Aber sie sind die Voraussetzung schlechthin für Handlungsspielräume.

Handlungsspielräume, die wir bspw. brauchen werden, um 350 Millionen EUR Investitionen in Schulen und Krankenhäuser zu finanzieren, von denen ich eben gesprochen habe.

Handlungsspielräume, die wir brauchen werden,
um unser ehrgeiziges Regierungsprogramm,
unsere Reformen und unsere Zukunftsprojekte zu finanzieren.

Wir haben dem Parlament heute den Fortschrittsbericht des Leitbildes
„Ostbelgien leben 2040“ übermittelt.

Sie werden diesem ausführlichen Bericht entnehmen können,
dass wir derzeit an 34 Zukunftsprojekten arbeiten,
mit denen wir die Lebensqualität verbessern und unsere Gemeinschaft
fit für die Zukunft machen werden. 3

34 Projekte, die unsere Gemeinschaft stärker, moderner und
lebenswerter machen.

34 Projekte, die zeigen:

Sparen heißt nicht Stillstand.

Sparen schafft die Grundlage für Fortschritt.

Das dritte finanzpolitische Ziel besteht darin,
nicht nur alle laufenden Ausgaben,
sondern auch alle Infrastrukturinvestitionen mit Eigenmitteln, also
ohne Kreditaufnahme, zu finanzieren.

Vor wenigen Monaten war das noch eine Forderung der EU.

Die EU hat zwar mittlerweile auf diese Forderung verzichtet.

Stattdessen verlangt die EU nun eine Kürzung der

Nettoprimärausgaben (NPA).

Es nicht mehr notwendig, darüber hinaus alle Investitionen in

Infrastruktur mit Eigenmitteln zu stemmen.

Dennoch halten wir vorerst auch an diesem Ziel fest.

Mit dem vierten finanzpolitischen Ziel wollen wir dafür sorgen, dass unsere Verschuldung verkraftbar bleibt.

Auch das ist der Fall.

Wir hatten uns vorgenommen, die Zinslastquote unterhalb von 10 % zu halten.

Wir liegen nach dieser Haushaltsanpassung bei 7,4 %.

Ja, die kürzlich erfolgte Herabstufung Belgiens durch einzelne Ratingagenturen wird zu einem Anstieg der Zinssätze führen.

Dennoch können wir an unserem Ziel festhalten.

Erstens weil wir den kompletten Finanzierungsbedarf unserer Gemeinschaft für dieses Jahr schon vor der Herabstufung abgedeckt hatten.

Und zweitens, weil unsere vorausschauende Zinspolitik uns zumindest teilweise vor Zinsanstiegen schützt.

Ebenso hatten wir uns vorgenommen, den Schuldendienstdeckungsgrad auf 20 % zu begrenzen.

Wir liegen heute bei 14,8 %. Also spürbar darunter.

Das ist in etwa so, als müsste ein privater Häuslebauer nur 14,8 % eines Einkommens für die Rückzahlung seines Hauskredits aufwenden.

Das dürfte selten vorkommen. Gerade in der heutigen Zeit.

Unsere Verschuldung bleibt also nach allen wissenschaftlichen Kriterien verkraftbar.

Das ist keine Schönfärberei, sondern eine nüchterne Bewertung nach anerkannten wissenschaftlichen Kriterien.

Unser 5. finanzpolitisches Ziel besteht darin,
die Nettoprimärausgaben zu kürzen,
somit die strengen europäischen Haushaltsvorgaben einzuhalten
und unsere Gemeinschaft vor Strafen zu kürzen.

Bekanntlich hat sich der Konzertierungsausschuss am 27. März auf
ein innerbelgisches Abkommen verständigt,
mit dem die von der EU geforderten,
massiven Sparanstrengungen auf alle Entscheidungsebenen unseres
Landes verteilt werden.

Für uns war von besonderer Bedeutung,
dass wir nicht aufgrund unserer Kleinheit buchhalterisch benachteiligt
werden.

Es ist uns gelungen, die mathematische Benachteiligung unserer
Gemeinschaft politisch zu beseitigen.

Artikel 4 des Abkommens enthält eine entsprechende Sonderklausel für die DG.

Dieser Verhandlungserfolg ist von grundlegender Bedeutung für die finanzpolitische Zukunft unserer Heimat.

Mittlerweile haben die Regierungen unseres Landes dieses Abkommen formal gebilligt und dem Staatsrat zur Begutachtung unterbreitet.

Danach muss es von allen Parlamenten ratifiziert werden.

Wir werden uns also hier schon in Kürze damit beschäftigen können.

Die Berechnungsmethoden sind ultrakomplex und nicht in 2 Sätzen zu erklären.

Der Haushaltspfad verändert sich sogar im Laufe der Zeit.

Nach jetzigem Stand der Dinge muss die DG, sehr vereinfacht ausgedrückt, ihre NPA bis zum Jahre 2029 um 3,09 % kürzen.

Unsere Finanzplanung sieht für diesen Zeitraum dank der beschlossenen Sparmassnahmen derzeit eine Reduzierung der NPA um 7 % vor.

Dabei wird es nicht bleiben.

Aber wir können davon ausgehen,
dass wir den neuen Haushaltspfad
und damit die strengen europäischen Vorgaben
mit den beiden bereits beschlossenen Spardekreten einhalten werden.
Ein drittes Spardekret ist nicht erforderlich.

Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, trotz widriger Umstände **erreichen wir weiterhin unsere finanzpolitischen Ziele.**

Der laufende Haushalt ist strukturell im Gleichgewicht.

Der Primärsaldo weist Überschüsse im 7-stelligen Bereich auf und ermöglicht Handlungsspielräume, die wir brauchen werden, um in unsere Zukunftsfähigkeit zu investieren.

Die Verschuldung bleibt nach allen Kriterien der Finanzwissenschaft verkraftbar.

Und wir halten die neuen, überaus strengen Sparvorgaben der EU ein.

Das ist kein Zufall und keine Selbstverständlichkeit.

Das ist das Ergebnis klarer, manchmal auch unbequemer Entscheidungen.

Mit dieser Haushaltsanpassung reagieren wir auf die aktuelle Energie- und Inflationskrise und treffen Vorsorge für eine deutliche Verschlechterung der Wirtschaftsparameter.

Wir könnten es uns einfacher machen.

Wir könnten Ausgaben erhöhen, Risiken ausblenden und auf bessere Zeiten hoffen.

Aber das wäre verantwortungslos.

Wir entscheiden uns bewusst für den schwierigeren Weg:

Für Stabilität, für Verlässlichkeit und für nachhaltige Investitionen.

Wir halten uns unserem Kurs fest.

Wir dürfen unsere Sparanstrengungen nicht lockern;

aber wir bleiben trotz aller Krisen handlungsfähig.

Und genau darauf kommt es an.

Wir schützen die Handlungsfähigkeit unserer Gemeinschaft und

schaffen die Grundlage für Investitionen in Schulen und

Krankenhäuser.

Wir haben unser ehrgeiziges Regierungsprogramm jetzt sogar noch

mal deutlich erweitert, um unsere Vision „Ostbelgien eben 2040“

verwirklichen zu können.

Die Ausschüsse werden sich in den kommenden Monaten sowohl mit dieser Haushaltsanpassung als auch mit unseren 34 Zukunftsprojekten befassen können.

Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam gehen.

Mit Klarheit, Disziplin und den festen Willen, unsere Gemeinschaft sicher durch diese herausfordernde Zeit zu führen.

Ich wünsche uns konstruktive Haushaltsdiskussionen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

